

Die erste scharfe Kritik am Zukunftsraum

SVP Im Juni werden an den vier Gemeindeversammlungen in Suhr, Densbüren, Ober- und Unterentfelden sowie im Einwohnerrat Aarau wichtige Entscheide zum Fusionsprojekt Zukunftsraum Aarau fallen. In den letzten Wochen hatte es in der öffentlichen Diskussion danach ausgesehen, als gäbe es nur Befürworter. Doch jetzt melden sich SVP-Kreise mit Bedenken. Dies nach einem Treffen von Delegationen der vier SVP-Ortsparteien von Aarau, Suhr, Unter- und Oberentfelden, an dem die Ergebnisse der Fusionsanalyse diskutiert wurden. Die einzelnen Parteien werden ihre Parolen später fassen.

«Aus Sicht der SVP sind die jeweiligen Fachberichte zu positiv ausgefallen», heisst es in einer Medienmitteilung. So seien zum Beispiel Vorteile beim Zusammenschluss der Ortsbürgergemeinden gering bis gar nicht vorhanden. Auch würden die Kosteneffekte durch Harmonisierung von Leistungs- und Infrastrukturstandards im Fachbericht als «politische Entscheidung im Rahmen der Umsetzung» beschrieben. Ein Satz, welcher mehrfach vorkomme und somit keine finanziellen Berechnungen zulasse.

Die SVP-Delegationen schreiben weiter: «Tendenziell hat man sich in den Berichten am höchsten Standard orientiert, was bedeutet, dass – wenn über das ganze neue Stadtgebiet derselbe Standard wie zum Beispiel Tagesstrukturen, Kulturunterstützung etc. angeboten wird – mit sehr hohen Kosten zu rechnen ist.»

Weiter heisst es: «Die Delegationen kommen zum Schluss, dass die Volksnähe in einer fusionierten Gemeinde verloren gehen wird und die Verteilung der Verwaltungsstandorte auf die Aussengemeinden zu längeren Wegen für die Bevölkerung aller involvierten Gemeinden führt.» Die Fusion werde zu einer Aufgabe der Selbstständigkeit der Aussengemeinden führen. Und Aarau werde aufgrund der Wahlkreise an Einfluss verlieren.

In den Gemeinden Densbüren, Suhr, Unter- und Oberentfelden werden die Gemeindeversammlungen abgeschafft. «Damit wird ein wichtiges Element der direkten Demokratie aufgegeben», so die SVP-Delegationen. Bezweifelt wird laut Medienmitteilung auch das höhere Gewicht der neuen Hauptstadt, vor allem in politischer Hinsicht wie auch die Bedeutung der Vielfalt als Standortfaktor. (uhg)